

## A6 Kapitel 6: Bürgerbeteiligung und Demokratie

Gremium: Vorstand Grüne Oberursel

Beschlussdatum: 10.08.2020

### Text

1 Oberursels Stärke zeigt sich in der hohen Integrationskraft der Bevölkerung und  
2 dem vielfältigen Engagement der Menschen für das Gemeinwesen und die soziale  
3 Gemeinschaft. Dies zeigt sich insbesondere durch aktive Mitarbeit in Vereinen,  
4 bei ehrenamtlicher Tätigkeit für Institutionen oder bei Festen sowie der  
5 Übernahme von Patenschaften. Dieses Bürgerengagement ist unabdingbar für den  
6 Zusammenhalt der Stadtgesellschaft.

7 Die moderne Demokratie braucht aber nicht nur Bürgerengagement, sondern auch  
8 Bürgermitwirkung und Transparenz. Misstrauen zwischen der Bevölkerung und ihren  
9 gewählten Vertretern ist Gift für das Gemeinwesen. Deshalb setzen wir GRÜNEN uns  
10 seit jeher für Transparenz, Offenheit sowie erweiterte Informations- und  
11 Mitwirkungsmöglichkeiten für die Bürger\*innen ein. Unser Leitbild ist, dass  
12 kommunale Entscheidungen überprüf- und nachvollziehbar sind und Bürger\*innen  
13 hierauf Einfluss nehmen können, indem sie ihre Sachkenntnis, Meinungen und  
14 Belange einbringen.

15 In den letzten zwei Legislaturperioden sind auf GRÜNE Initiative hin schon  
16 einige Schritte in Richtung besserer Bürgerbeteiligung gemacht worden. Woran es  
17 aber in Oberursel noch fehlt, ist eine von allen Beteiligten getragene  
18 Bürgerbeteiligungskultur. Bürgerbeteiligung darf nicht als Instrument zur  
19 Beruhigung der Bürger\*innen bei strittigen Einzelprojekten missbraucht werden.  
20 Denn dadurch erhöht sich das Risiko, dass gerade engagierte Bürger\*innen sich  
21 enttäuscht von der Kommunalpolitik abwenden.

22 Bürgerbeteiligung muss daher konsequent und mit einem strukturierten und  
23 transparenten Verfahren eingesetzt werden, das sicherstellt, dass die Ergebnisse  
24 auch tatsächlich in die Stadtpolitik einfließen. Gleichzeitig muss klar und  
25 deutlich sein, wo die Grenzen der Bürgerbeteiligung sind und wo die  
26 Verantwortung der gewählten Politiker beginnt.

27 GRÜNE Politik für mehr Bürgerbeteiligung und Demokratie heißt konkret:

- 28 • Einführung einer Bürgerbeteiligungssatzung für eine konsequente,  
29 transparente und strukturierte Bürgerbeteiligungskultur.
- 30 • Die Satzung soll festschreiben, in welchen Fällen ein  
31 Beteiligungsverfahren stattfindet, wer über die Einleitung entscheidet und  
32 wie mit den Ergebnissen umgegangen wird.
- 33 • Verbesserungen der Einflussmöglichkeiten für Jugendliche durch Einrichtung  
34 eines Jugendparlaments.
- 35 • Streaming der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung per Video-  
36 Aufnahme, damit die Bürger\*innen sich möglichst unkompliziert über die  
37 Arbeit des Stadtparlaments informieren können.